

Zurück auf Feld eins

Das Stadtparlament hat die Vorlage für die Umwandlung der Stadtwerke in ein selbstständiges Unternehmen bachab geschickt.

Reto Voneschen

Es war von Anfang an klar, dass die Ausgliederung der St. Galler Stadtwerke (SGSW) politisch kein Spaziergang würde. Die Vorlage, um das unselbstständige in ein selbstständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen zu verwandeln, war mit strittigen Details gespickt. Klar war zudem, dass die Volksabstimmung schwierig werden dürfte: Die Skepsis des Stimmvolks gegenüber der Verselbstständigung von Teilen der Stadtverwaltung ist bekannt, das Nein zur Umwandlung der Verkehrsbetriebe in eine Aktiengesellschaft vom Juni 2013 lässt grüssen.

Eine Spezialkommission des Stadtparlaments hatte jetzt für die Vorberatung der Ausgliederung der Stadtwerke über ein Jahr und sieben Sitzungen benötigt. Das ist ungewöhnlich: Normalerweise dauert die Vorberatung in einer Kommission ein paar Wochen und es braucht dafür eine oder zwei Sitzungen.

Das Resultat der langen Vorbereitungszeit der SGSW-Ausgliederung wurde am Dienstag vom Parlament diskutiert. Auf dem Tisch lagen neben der Vorlage zahlreiche Abänderungsanträge der Kommission sowie von linksgrüner Seite. Und ein Rückweisungsantrag der SP/Juso/PFG-Fraktion.

Der Reformbedarf ist unbestritten

In einigen Punkten herrschte im Stadtparlament Einigkeit: Die Vorlage zur Ausgliederung der Stadtwerke sei eine der wichtigsten des vergangenen Jahrzehnts, hiess es etwa. Mit ihr wolle man die Zukunft eines zentralen Teils der Grundversorgung, also die Belieferung der Bevölkerung der Stadt mit Strom, Fernwärme, Wasser und Gas sichern. Die Märkte veränderten sich rasant. Um weiter als starkes, regional tätiges Unternehmen bestehen zu können, brauchen die SGSW mehr Handlungsspielraum, Flexibilität und straffere Entscheidungsstrukturen. Damit war es mit der Einigkeit aber vorbei. An der



Ein Arbeiter verlegt eine Fernwärmeleitung. Das Fernwärmenetz wird auch in St.Gallen kontinuierlich ausgebaut. Symbolbild: Michel Canonica

Frage, wie man die SGSW zukunftstauglich machen soll, schieden sich die Geister. Der Stadtrat hatte beantragt, aus dem unselbstständigen ein selbstständig öffentlich-rechtliches Unternehmen mit eigenem Verwaltungsrat und grösserer Selbstständigkeit zu machen.

Hinter das Modell stellte sich geschlossen die Fraktion von FDP und Jungfreisinnigen sowie grossmehrheitlich die Mitte/EVP-Fraktion und die Grünliberalen. Sie waren in unterschiedlichem Mass bereit, auf Abänderungsanträge von Kommission und Linksgrünen einzugehen.

Lösung in heutiger Struktur suchen

Gegenüber standen die Linksgrünen, denen die Verselbstständigung zu weit ging. Die Fraktionen von SP/Juso/PFG und Grünen/Jungen Grünen legten nicht nur eine Liste mit Abänderungsanträgen zur stadträtlichen Vorlage vor. SP,



Peter Olibet, SP-Stadtparlamentarier. Bild: Tobias Garcia

Juso und PFG hatten auch einen Rückweisungsantrag eingereicht. Er war gekoppelt mit dem Auftrag für den Stadtrat, nach mehr finanziellem Spielraum für die SGSW innerhalb der bestehenden Rechtsform zu suchen und ein neues strategisches Führungsgremium zu installieren, das anstelle eines Verwaltungsrats die strategische Steuerung der Stadtwerke sicherstellt.

Die SP/Juso/PFG-Fraktion wünschte sich eine neue Vorlage SGSW 2.0, begründete Sprecher Peter Olibet den Rückweisungsantrag. Die Vorlage des Stadtrats reduziere nämlich die de-



Donat Kuratli, SVP-Stadtparlamentarier. Bild: Niklas Thalmann

mokratische Kontrolle, während Risiko und Haftung bei der Stadt blieben. Der Spielraum, den die Stadtwerke brauchten, lasse sich in der heutigen Rechtsform schaffen. An der sechsten Kommissionssitzung habe ein von allen Fraktionen getragener Kompromiss für die SGSW 2.0 vorgelegen. Der Stadtrat habe ihn verworfen. Damit bleibe nur noch der Rückweisungsantrag, begründete Olibet den Schritt.

Auch die SVP will eine neue Vorlage

Unterstützung bekam die Linke von unerwarteter Seite: Die

SVP schloss sich dem Wunsch nach Rückweisung an. Sie reichte einen eigenen Antrag ein, der jenen von SP, Juso und PFG um einen Punkt ergänzte: Der Stadtrat soll auch prüfen, ob für die SGSW «eine hybride Lösung» möglich ist. Dabei soll die Grundversorgung mit Strom, Fernwärme, Wasser und Gas bei der Stadtverwaltung bleiben, während marktorientierte Zusatzleistungen (wie etwa Dienstleistungen im Energiemarkt) organisatorisch anders – unter Umständen sogar als AG – geführt werden können.

Die Vorlage für die künftige Struktur der Stadtwerke sei die wichtigste Vorlage während seiner Zeit im Stadtparlament, hielt SVP-Sprecher Donat Kuratli fest. Sie dürfe auf keinen Fall scheitern. Doch genau das drohe jetzt: Er spüre quer durchs Stadtparlament Skepsis und Vorbehalte gegenüber dem gewählten Weg. Das sei eine schlechte Voraussetzung für eine Volksabstimmung zu

einem Thema, dem viele Bürgerinnen und Bürger sowieso mit Ablehnung begegneten. Es brauche eine Vorlage, die von allen Fraktionen unterstützt werde. Es brauche einen neuen Anlauf, sagte Kuratli.

Für Aussenstehende kam die Kehrtwende der SVP überraschend. Für die Parlamentsmitglieder war das nicht der Fall. Man sei seit vergangenem Donnerstag intensiv auf der Suche nach einem Ausweg aus der Zwickmühle gewesen, wehrte sich Kuratli im Gespräch nach der Parlamentssitzung. Man habe damit keinen Erfolg gehabt, so dass als einziger Ausweg der eigene Rückweisungsantrag geblieben sei. So bestehe die Chance, dass man innert nützlicher Frist zu einem Kompromiss kommen könne, der breit getragen werde und damit tatsächlich Chancen in einer Volksabstimmung habe.

Peter Jans wehrt sich

Die Parlamentsdebatte über die Ausgliederung der Stadtwerke dauerte am Dienstagabend anderthalb Stunden. Als Schlusspunkt verteidigte Stadtrat Peter Jans seine Vorlage energisch. Der Stadtrat wolle Stadtwerke, die dank Zusatzgeschäft mit energienahen Dienstleistungen auch künftig wirtschaftlich stark seien und Erträge erwirtschaften könnten. Das gehe nur mit Strukturen, die den sich ändernden Rahmenbedingungen der Märkte angepasst seien. Eine Reform innerhalb der heutigen Rechtsform sei dafür nicht ausreichend, konterte Jans die Rückweisungsanträge.

Nach einer kurzen Pause ging es sehr schnell: Die SP/Juso/PFG-Fraktion zog ihren Antrag auf Rückweisung zurück. Man wolle damit der zusätzlichen hybriden Lösung im SVP-Rückweisungsantrag eine Chance geben, begründete Peter Olibet. Dieser Antrag wurde dann mit 32 Ja und 29 Nein bei einer Enthaltung und Absenz gutgeheissen. Die Vorlage zur Ausgliederung der Stadtwerke geht damit zur Überarbeitung an die Stadtregierung zurück.

Nachgefragt

«Es geht um die Zukunft unserer Stadtwerke»

Schwer enttäuscht zeigte sich am Dienstagabend nach der Rückweisung der Ausgliederungsvorlage für die Stadtwerke der zuständige Stadtrat Peter Jans.

Wie geht es jetzt mit der Ausgliederung der Stadtwerke weiter?

Peter Jans: Das ist eine gute Frage. Zuerst einmal werden wir innerhalb der Direktion der Technischen Betriebe und dann im Stadtrat eine Ausleageordnung machen müssen. Klar ist, dass es angesichts des

rasanten Wandels auf dem Strommarkt Schritte zur Stärkung der SGSW unbedingt braucht. Aber natürlich gilt im Grundsatz: Aufträge des Stadtparlaments sind zu erfüllen.

Was heisst denn der Auftrag des Parlaments?

Die anvisierte Veränderung der Rechtsform der Stadtwerke zu einem selbstständigen öffentlich-rechtlichen Unternehmen ist damit wohl nicht mehr möglich. Korrekturen müssen innerhalb der heutigen Rechts-

form als unselbstständiges öffentlich-rechtliches Unternehmen ausgeführt werden.

Ist das überhaupt möglich?

Wir haben das bereits überprüft und sind zum Schluss gekommen, dass die so möglichen Veränderungen zu wenig weit gehen und bei weitem nicht das bringen, was mit einer Änderung der Rechtsform möglich gewesen wäre und was die Stadtwerke als Basis für ihre Zukunft nötig haben.

Wie lange wird es dauern, die Ausgliederungsvorlage zu überarbeiten?

Ich rechne mit ein bis zwei Jahren, bis wir eine neue Vorlage ins Stadtparlament bringen können. Erarbeitung und Vorberatung der zurückgewiesenen Vorlage waren sehr aufwendig. Wir verlieren so leider Zeit: Die Veränderung der Rahmenbedingungen auf den Energiemärkten schreitet rasant voran. Wenn wir auch in Zukunft starke, regional tätige Stadtwerke haben wollen, braucht es Anpassungen.

Sie sind enttäuscht über den Entscheid. Hat Sie die Opposition überrascht?



Stadtrat Peter Jans (SP) steht seit 2015 der Direktion Technische Betriebe vor.

Bild: Benjamin Manser

Ja, ich bin sehr enttäuscht. Die Vorlage ist eine der wichtigsten meiner Amtszeit als Stadtrat. Es geht um die Zukunft unserer Stadtwerke. Dass es von linker Seite Opposition geben würde, war schon länger klar. Überrascht hat mich der Rückweisungsantrag der SVP: Diese Seite wollte bei der Rechtsform der Stadtwerke eigentlich immer einen grösseren Schritt machen, als es die jetzt zurückgewiesene Vorlage vorgesehen hatte. Dass man sich jetzt gegen den kleinen Schritt gewehrt hat, war für mich daher eine Überraschung. (vr)